

**Kurz-Dokumentation¹ der Informationsveranstaltung zu den Neubaumaßnahmen an der
Quedlinburger Straße 45 / Sömmeringstraße**

Die Veranstaltung hat am 28.02.2018 in der Mierendorff-Grundschule
von 17.30 Uhr - 19.30 Uhr (150 Teilnehmer/innen) stattgefunden.

BEGRÜßUNG

Begrüßung durch Dr. Ingmar Dette, MBT Berlin der Stiftung SPI

„Ich bitte Sie, angesichts des begrenzten Raums und der begrenzten Zeit behutsam miteinander umzugehen und Plätze an diejenigen abzugeben, die auf einen Sitzplan angewiesen sind.

Diese Veranstaltung dient als Auftakt. Falls Sie heute Ihre Fragen nicht stellen können: Gelegenheit zu Wort zu kommen, wird es später wieder geben.

Eine Dokumentation dieser Veranstaltung wird auf der Homepage des bezirklichen Integrationsbeauftragten veröffentlicht. Alle Fragen, die die Unterkunft für Geflüchtete betreffen, werden mit Antworten auf der Seite des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten veröffentlicht.

Unser Ablauf wird heute der folgende sein:

Teil 1: Input

Teil 2: Fragen aus dem Publikum

Ihre Ansprechpartner/innen auf dem Podium sind

- Frau Breitenbach, Senatorin für Arbeit, Integration und Soziales (SenIAS)
- Herr Naumann, Bezirksbürgermeister Charlottenburg-Wilmersdorf
- Herr Schruoffeneger, Stadtrat für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
- Frau Schmitt-Schmelz, Stadträtin für Jugend, Familie, Bildung, Sport und Kultur
- Frau Langeheine, Präsidentin des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF)
- Frau Scharpf, Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM)

Außerdem sind in der 1. Reihe weitere Expert/innen vertreten, z.B. die Architekt/innen des Bauvorhabens, das Umweltamt und die Polizei.

Ich übergebe an die Referent/innen.“

TEIL 1: INPUT

Senatorin Breitenbach

Zurzeit haben wir 101 Unterkünfte und davon 17 Tempohomes in Berlin, die bis zu drei Jahre lang genutzt werden können. Die Modulare Unterkünfte für Geflüchtete, um die es hier geht, sind ganz normale Häuser mit Wohnungen und Gemeinschaftsräumen. Sie werden drei Jahre als Unterkunft genutzt und können im Anschluss auch an andere vermietet werden. Details dazu hören Sie später.

Die aktuelle Situation in Berlin ist, dass wir noch 19.000 Menschen unterbringen müssen. Zurzeit kommen etwa noch 700 Geflüchtete pro Monat in Berlin an. Dazu kommen Wohnungslose und auch Frauen aus Frauenhäusern, die wir unterbringen müssen.

Diese Menschen können wir nicht auf der Straße lassen, wir müssen ihnen helfen, sich eine Zukunft aufzubauen. Deshalb wollen wir schnell weg von Unterkünften. Wir brauchen integrative Wohnformen, gemeinsames Wohnen. Aber erst einmal müssen wir die akute Not lösen und gesetzliche Grundlagen berücksichtigen. Ich möchte noch auf ein anonymes Flugblatt eingehen, das hier verteilt wurde. Darin steht, dass 80% der Wohnungen hier an alleinstehende Männer vergeben würden. Das stimmt nicht. Wir wissen noch gar nicht, wer kommt. Es ist eine gute Mischung geplant, es werden auch Menschen kommen, die schon seit Jahren im Bezirk leben, auch Familien. Ich bitte Sie, sich zu öffnen und keine Angst zu haben. Die „Informationen“ in dem Flugblatt sind teil-

¹ Diese Dokumentation wurde mit Unterstützung vom Mobilem Beratungsteam (MBT) Berlin der Stiftung SPI erstellt.

weise Unterstellungen, und ich bin froh, dass wir hier offen darüber reden können, wir haben die gemeinsame Verantwortung dafür, diese Menschen unterzubringen und eine engagierte Stadtgesellschaft zu sein.

Bezirksbürgermeister Naumann

Ich freue mich über den Zuspruch und das große Interesse an unserer Veranstaltung

Zur aktuellen Situation im Bezirk: Hoffentlich wird Ostern das Tempohome am Stadion in Wilmersdorf eröffnet. Die hier geplante MUF ist auf Dauer angelegt und hat eine vernünftige Bauqualität. Dazu hören Sie später mehr von den Architekt/innen.

Ich möchte unterstreichen, dass die heutige Veranstaltung erst der Auftakt ist. Erst seit heute ist eine Information der Anwohner/innen spruchreif möglich. Wir werden auch die weitere Entwicklung in den Blick nehmen, dazu sind heute u.a. zwei Stadträt/innen da. Sie können sich bei den weiteren Schritten einbringen. Aber ich möchte auch klarstellen: Die Frage des „Ob“ der Unterbringung von Flüchtlingen stellt sich nicht, wir diskutieren die Frage des „Wie“. Dazu wird es weitere Dialogformate geben.

Stadtrat Schruoffeneger

Es geht heute um allgemeine Informationen zu Veränderungsprozessen auf der Mierendorffinsel. Wir möchten eine Aufwertung ohne Verdrängung. Deshalb wurde hier bereits im letzten Jahr ein Milieuschutzgebiet definiert. Ein wichtiges Thema ist dabei die Mobilität. Der Werkschutzbund plant dazu ein Pilotprojekt. (Zwischenruf: Es soll doch heute um Flüchtlingslager und Kitas gehen!)

Nein, es geht nicht um Flüchtlingslager. Es geht heute um das Gesamtkonzept und um mögliche Partizipationsverfahren. Beispielsweise ist ein Mierendorff-Rundweg geplant zu den Themen Bewegung, Sport und Kultur. Es ist kein einzelnes Projekt geplant, sondern ein Mix aus Maßnahmen. Die Insel soll modellhaft für die ganze Stadt zeigen, dass verschiedene Gruppen zusammenleben können.

- **Stadträtin Schmitt-Schmelz, BA**
„Präsentation Errichtung Kita Sömmeringstraße“ (PDF-Datei Homepage)
- **Frau Langeheine, LAF**
„Präsentation Unterbringung geflüchteter Menschen“ (PDF-Datei Homepage)
- **Frau Scharpf, WBM & Herr Wehage, DMSW-Architekten** (1. Reihe)
„Präsentation Neubauobjekt Quedlinburger Straße 45“ (PDF-Datei Homepage)

TEIL 2: FRAGEN DER ANWOHNER/INNEN

1) Wie wird die Sicherheit gewährleistet? Erfahrungen aus anderen Unterkünften haben erhöhte Kriminalität gezeigt

Antwort Senatorin Breitenbach:

Das stimmt nicht. Erfahrungen aus anderen Unterkünften zeigen keine erhöhte Kriminalität, nicht einmal in Zeiten weitaus schlechterer Bedingungen als heute. Es besteht eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Polizei vor Ort.

Antwort Herr Baltes, Leiter des Polizeiabschnitts 24 (1. Reihe):

Wir wissen zum einen noch gar nicht, wer einziehen wird. Zum anderen wird bei der Belegung von Unterkünften auf eine Zusammensetzung geachtet, die nicht zu verstärkten Auseinandersetzungen führt. Konflikte gibt es überall, nicht nur in Unterkünften, und mir ist kein Fall im Bezirk bekannt, in dem es besondere Konflikte gegeben hätte. Es gibt in den Einrichtungen gute Betreuung, Sozialarbeiter/innen mit Sprachkenntnissen, die die Menschen begleiten. Es gibt auch eine Präventionsbeauftragte im Bezirk. Außerdem informiert die Polizei in den Unterkünften regelmäßig z.B. zu Verkehrsregeln. Von der Stimmungsmache in den Medien sollten wir uns nicht verunsichern lassen. Es geht nicht um Individualinteressen, sondern alle müssen sich hineinfinden.

Antwort Herr Naumann:

Charlottenburg-Wilmersdorf lag Ende 2015 in der Bilanz aller Bezirke auf Platz 1 bei den Unterbringungszahlen. Die Frage ist zwar relevant. Objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl sind jedoch nicht identisch. Die

neuen Bewohner/innen sind nicht überdurchschnittlich kriminell. (Applaus des Publikums) Wir sollten mit offenem Visier und Vertrauensvorschuss auf sie zugehen. Wir haben durchgesetzt, dass eine Kita, ein Café und ein Kieztreffpunkt in das Gebäude integriert werden, das stellt einen Mehrwert für den Kiez dar.

2) Wie wird die Parkplatzsituation geregelt? Wird es eine Wendemöglichkeit z.B. für die Feuerwehr geben?

Antwort Herr Schruoffenegger:

Auf der Mierendorffinsel wird ein bundesgefördertes Modellprojekt durchgeführt. Der Werkbund erstellt dazu ein neues Verkehrskonzept, das Elemente wie Car Sharing enthält. Selbst eine BMW-Studie hat ergeben, dass solche Modelle notwendig sind.

Nach aktuellem Stand werden die Nachbargrundstücke vom Bau nicht berührt, das eigene Gelände reicht aus, um die Zufahrten zu gewährleisten.

3) Wie wird die Nachnutzung gesichert? Wer bürgt dafür, dass sie stattfindet?

Antwort Frau Langeheine:

Eine Verlängerung der Nutzung als Unterkunft für Geflüchtete ist zweimal um jeweils drei Jahre möglich, also insgesamt für 9 Jahre. Die Unterkunft soll 2020 eröffnet werden und könnte also längstens bis 2029 als Unterkunft genutzt werden. Die Nachnutzung ist noch nicht vorhersehbar.

4) Wie wird verhindert, dass die Situation der Mierendorffinsel als sozialer Brennpunkt noch verschärft wird? In der Nähe befindet sich das Lageso, das Jobcenter, es gibt eine Drogenszene.

Antwort Herr Naumann:

Zunächst einmal wurde die Entscheidung für den Standpunkt nicht vom Bezirk, sondern vom Senat getroffen. Zum anderen ist die Mierendorffinsel kein sozialer Brennpunkt. (Einwand aus dem Publikum: Wohnen Sie überhaupt hier?) Gerne lade ich Sie zu einer gemeinsamen Kiezbegehung ein, wir können uns dazu im Anschluss verabreden. Der vorherige Jobcenter-Standort Bundesallee war kein sozialer Brennpunkt, und die LAF-Nutzung verläuft ohne Beschwerden. Drogen sind kein besonderes Problem hier, sie sind ein Großstadtproblem, ein Problem, der U7, vor allem am Bhf. Jungfernheide. Es hat nichts mit den neuen Anwohner/innen zu tun.

5) Wie wird die Müllentsorgung geregelt und wie wird die damit verbundene große Lärmbelastung verhindert?

Antwort Herr Wehage:

In der Planung sind Standorte für Müllcontainer vorgesehen, bei der Nachnutzung werden diese Standorte dann angepasst bzw. verringert. Der Müllstandort entspricht den gesetzlichen Regelungen. Die Frage des Nutzerverhaltens lässt sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus, wie mit anderen Nachbar/innen auch, nur untereinander regeln. Das gehört auch zum Leben in der Innenstadt dazu.

6) Wieso wurde gerade dieses Grundstück gewählt?

Antwort Frau Scharpf:

Das Grundstück wurde aus dem Landesvermögen in die WBM eingebracht. Die Entscheidung für das Projekt wurde gemeinsam zwischen Senat, Bezirk und WBM entschieden.

Antwort Herr Naumann:

Der Senat hat im Jahr 2016 mehrere Grundstücke geprüft. Das (vom Publikum erwähnte) Arco-Gelände war zu diesem Zeitpunkt schon bei der Gewobag, die dortige Wohnbebauung bereits abgeschlossen. Zudem: Andernfalls würden wir jetzt die gleiche Diskussion mit anderen Nachbar/innen führen. Aktuell fordert der Senat zwei weitere Standorte zu benennen. Als weiterer Standort wurde deshalb ein Grundstück an der Ecke Brabanter/Aachener Straße in Wilmersdorf eingebracht. Dort wäre eine Blockrandbebauung möglich. Ein weiterer Standort in Charlottenburg wird diskutiert.

7) Wie wird das nötige Personal für die neuen Kitas sichergestellt? Ich bin aktuell auf der Suche nach einem Kitaplatz ab 2019.

Antwort Frau Schmitt-Schmelz:

Der Senat ist auf dem Weg. Wir müssen die Bezahlung attraktiver gestalten usw. Ich lade Sie gern zu einem persönlichen Gespräch ein.

8) Ich habe gelesen, dass Stadtrat Gothe in Mitte weitere MUF abgelehnt hat und stattdessen Wohnungen bauen lassen will. Warum geht das hier nicht?

Antwort Frau Breitenbach:

Die Flüchtlinge müssen jetzt aktuell aus der Notlage gebracht werden. Ich habe heute erst mit Herrn Gothe gesprochen. Es sind Wohnungen für Menschen geplant (Zwischenruf: Hier planen Sie Ghettos!) Nein, wir planen keine Ghettos. Wir bringen diese neuen Berliner/innen unter, die hier sind, ob Sie das wollen oder nicht. Diese Menschen bleiben auch nicht immer Flüchtlinge. Sie werden umziehen, wie andere Menschen auch. Herrn Gothe ging es übrigens um eine Planung, die eine gemeinsame Nutzung aller Menschen ermöglicht, nicht um die Verhinderung von Wohnraum für Geflüchtete.

9) An dieser Schule hier gibt es bereits 3 Willkommensklassen und einen hohen Anteil von Kindern mit Migrationsgeschichte. Wie wird damit umgegangen?

Antwort Frau Schmitt-Schmelz:

Der Schulbesuch soll in Wohnortnähe geschehen. Die Klassen setzen sich aus der Bevölkerung zusammen, und das sind eben alles Berliner Kinder.

10) Dem Jugendamt Charlottenburg fehlen 6 Stellen. Wie sollen denn die nötigen neuen Sozialarbeiter/innen gestellt werden?

Antwort Frau Schmitt-Schmelz:

Es gibt in allen Bezirken zu wenige Sozialarbeiter/innen, in Charlottenburg-Wilmersdorf ist die Lage sogar etwas besser. Aktuell sind 7 Stellen ausgeschrieben, und wir sind optimistisch, dass wir sie bald besetzen können.

11) Ist der Bebauungsplan 4 – 9A noch gültig?

Antwort Herr Schruoffeneger:

Der Plan ist noch gültig.

12) Warum wurde kein Parkhaus unter dem Neubau geplant?

Antwort Frau Scharpf:

Kostendeckend wäre das nur möglich bei einer Vermietung zu 120-150 Euro pro Parkplatz. Das war bisher nie erwünscht. Wir nehmen mit dem Bau keine Parkplätze weg, auf dem Gelände gibt es auch jetzt keine Parkplätze. (Zwischenrufe: Wo sollen denn die Mitarbeiter/innen der Kita parken?)

13) Ich bin ehrenamtliche Flüchtlingshelferin in der Unterkunft Eschenallee. Ich bekomme mit, dass die Geflüchteten ausgebeutet werden, zum Beispiel bei der Wohnungssuche. Wer kontrolliert, dass Betrug verhindert wird?

Antwort Frau Breitenbach:

Wir brauchen Ihre Einzelfälle, leiten Sie uns das weiter! (Zwischenruf: Die Frage war aber: Wer kontrolliert das?) Es gibt Beratungsstellen, an die sich die Menschen richten können. Es gibt aber keine gesetzliche Grundlage für eine besondere Kontrolle.

Schlusswort Herr Naumann

Vielen Dank im Namen des Bezirksamtes. Diese Veranstaltung war ein Auftakt für einen beginnenden Prozess. Eine 2. Runde wird es wahrscheinlich noch vor der Sommerpause geben. Bis bald.